

„Blackbox“: Wie Wahlärzte künftig kontrolliert

Analyse. Durch die geplante Anbindung an das E-Card-System will die Österreichische Gesundheitskasse Einblick in die Behandlungen und Rezepte erlangen - und sich in diese einmischen, wenn sie das für notwendig erachtet.

VON KÖKSAL BALTACI

Wien. Er lässt keine Gelegenheit aus, um seiner Minimalforderung Nachdruck zu verleihen - nämlich die E-Card-Anbindung der Wahlärzte. „Alle Wahlärzte sollten an das E-Card-System angebunden sein und sich die Lesegeräte selbst bezahlen. Derzeit verwenden nur 460 Wahlärzte dieses System. Wahlärzte sind eine Blackbox, wir wissen nicht, was sie machen“, sagte Andreas Huss, Obmann der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) vor ein paar Monaten zur „Presse“. Zuletzt wiederholte er diese Forderung in der ORF-„Pressestunde“ am Sonntag.

Im erneuten „Presse“-Gespräch nennt er die E-Card-Anbindung sogar als Bedingung dafür, das Wahlärztesystem weiterhin zu tolerieren. Denn eigentlich wäre es ihm am liebsten, wenn es gar keine Wahlärzte gebe. Sagt er jedenfalls.

Ob er das auch so meint, ist zweifelhaft, denn die ÖGK profitiert von Wahlärzten, schließlich reichen viele Patienten ihre Honorarnoten gar nicht erst ein, um jene 80 Prozent des Tarifs rückerstattet zu bekommen, den ein Arzt mit Kassenvertrag für die gleiche Leistung erhält. Der bürokratische Aufwand ist ihnen zu hoch, um im Schnitt 20 bis 40 Euro zurückzubekommen. Denn selbstverständlich werden ihnen nicht wirklich 80 Prozent des bezahlten Geldes refundiert, da Wahlärzte für viele Untersuchungen deutlich mehr verlangen, als die Kassen zahlen. Wer schon einmal einen Wahlarzt

gebraucht hat, weiß das nur zu gut. Unabhängig davon würde das Gesundheitssystem ohne Wahlärzte, von denen es beispielsweise in Wien mehr als doppelt so viele gibt wie Kassenärzte, glatt zusammenbrechen. Österreichweit stehen rund 8340 Kassenärzten knapp 11.000 Wahlärzte gegenüber.

Versorgungswirksam oder nicht?

Auch dessen ist sich Andreas Huss, seines Zeichens Arbeitnehmervertreter, bewusst - wie auch der Tatsache, dass die ÖGK seit Jahren zunehmende Schwierigkeiten damit hat, in manchen Fächern wie etwa Kinderheilkunde und Gynäkologie ausreichend Kassenärzte zu finden und ihrem Versorgungsauftrag nachzukommen. Weswegen er sich mittlerweile auf seine besagte Minimalforderung konzentriert, sodass, wie er sagt, „Wahlärzte an das öffentliche System angebunden sind und mit ihm kommunizieren, damit ersichtlich ist, auf welcher Grundlage sie behandeln“. Aber was steckt dahinter?

Warum ist es ihm so wichtig, einen Überblick über die Tätigkeiten von Ärzten zu haben, die seiner Darstellung nach für nur sechs Prozent der Versorgung im niedergelassenen Bereich verantwortlich sind? Eine Zahl, die im Übrigen mit Sicherheit nicht stimmt, weil sie nur eine Schätzung auf Basis eingereicherter Honorarnoten ist. Realistischer ist, dass Wahlärzte einen mehrfach höheren Anteil der Versorgung im niedergelassenen Bereich übernehmen.



Die Zahl der Wahlarztordinationen steigt seit Jahren. Österreichweit stehen rund 8340 Kassenärzten knapp 11.000

„Ökonomische Verschreibweise“

Um Huss' Motiv zu ergründen lohnt sich ein Blick auf die Richtlinien der sogenannten ökonomischen Verschreibweise, die alle Kassenärzte einhalten müssen. Gemeint ist damit, dass nach Möglichkeit günstigere Medikamente verschrieben werden sollen, sofern das möglich ist. Und das ist häufig möglich - in fast allen Bereichen. Unterschiedliche Nebenwirkungen und Verträglichkeiten inklusive. Diese Verpflichtung zur ökonomischen Verschreibweise hat zur Fol-

ge, dass Kassenärzte, deren Tätigkeiten durch ihre Anbindung an das E-Card-System lückenlos dokumentiert werden und per Knopfdruck abrufbar sind, schon einmal von Vertretern der ÖGK kontaktiert und er sucht werden, vermehrt auf günstigere Präparate auszuweichen, sollten die Kosten ihrer verschriebenen Medikamente nicht einem Durchschnittswert entsprechen.

Zwar haben Ärzte immer das letzte Wort, niemand kann ihnen vorschreiben, welche Rezepte sie ausstellen sollen, aber unangenehm können diese Gespräche sehr wohl werden, weswegen die meis-

Die Wunden in der Gesundheitsversorgung von Österreichs

VON TERESA WIRTH

Kritik. Kinderschutzorganisationen schlagen Alarm: Therapieplätze und Kassenärzte für Kinder sind regional höchst unterschiedlich verteilt.

Wien. Überraschend kommt die Nachricht ja nicht: „Seit vielen Jahren“ sei die Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche in Österreich unzureichend, kritisierte am Donnerstag Christoph Hackspiel, Präsident

der Österreichischen Liga für Kinder- und Jugendgesundheit, gemeinsam mit Kinderschutzorganisationen. Von der Kinderliga ausgehobene Daten und eine damit erstellte Landkarte legen den Finger nun noch genauer in die offenen Wunden der Gesundheitsversorgung von Österreichs Kindern.

Landkarte

Die Landkarte zeige einen „regelrechten Fleckerlteppich mit regional sehr unterschiedlich verteilten Versorgungsangeboten“, sagte Kinderliga-Geschäftsführerin Caroline Cullen. „Das Angebot scheint sich nicht am Be-

darf zu orientieren, sondern ist historisch je nach den Vertrags- und Verrechnungsmöglichkeiten gewachsen.“

Die Daten zeigen im Jahr 2020 von der Österreichischen Gesundheitskasse verrechnete Leistungen in den niedergelassenen Bereichen der Pädiatrie, Psychologie sowie Psycho-, Ergo-, Physio- und Logotherapie, zudem wurde eine Umfrage unter Therapeuten und Kinderärzten durchgeführt.

So zeigte sich etwa, dass das Angebot an Psychotherapie je nach Bezirk enorm variiert: In Krems in Niederösterreich wurden 747 Psychotherapiestunden pro 1000 Kinder verrechnet, in Salzburg Umgebung nur 45. Befragte Psychotherapeuten gaben an, dass um rund 35 Prozent mehr Stunden angeboten werden müssten, um den Bedarf zu decken. Knapp 39.000 Kinder waren 2020 bei Psychotherapeuten in Behandlung, 41.000 bei klinischen Psychologen. Im Schnitt mussten sie aber rund vier beziehungsweise dreieinhalb Monate auf Termine warten.

Starke regionale Unterschiede zeigen sich auch bei der mit 300 ohnehin schon geringen Anzahl an Kassenkinderärzten in Österreich. Während es in der Wiener Innen-

stadt dreimal mehr Kinderärztinnen als im Durchschnitt sind, gab es Anfang 2022 in mindestens 15 politischen Bezirken keinen einzigen.

Bei der Logopädie zeigten sich teilweise große Defizite in der Steiermark, wo nur 100 Stunden pro 1000 Kinder verrechnet wurden, im Gegensatz zum oberösterreichischen Eferding mit 622 und dem Kärntner Bezirk Hermagor mit 657 Stunden. Bei der Ergotherapie dürften Steiermark und Kärnten besonders unterversorgt sein, bei der Physiotherapie zeigt sich ein Ost-West-Gefälle zugunsten Tirols und Vorarlbergs.

Behandlungen in Ambulatorien sind in der Erhebung nicht inkludiert. „Wir wissen aber, dass diese in den meisten Fällen überfüllt sind“, sagte Cullen. Auch wie viele Menschen zu Privatärzten gehen, können die Daten nicht abbilden.

Soziale Folgen

Das ungleiche Angebot verstärkte jedoch die ohnehin „auseinanderklaffenden sozioökonomischen Unterschiede“ innerhalb der Österreichischen Gesellschaft, sagte



„Ich schenke Ihnen
reinen Wein ein!“

Ihr Rudi Hofmann - Biowinzer



Weingenuß finden Sie hier:

www.weingut-hofmann.at

HOFMANN



JUGEND EINE WELT

IHRE SPENDE
RETTET LEBEN!

Immer wieder erreichen uns Hilferufe nach Krisen und Katastrophen! Jetzt spenden! Für Kinder, die dringend Ihre Hilfe brauchen - in Äthiopien, in der Ukraine oder anderen Krisenherden unserer Welt.

Spendenkonto: AT66 3600 0000 0002 4000 oder spenden Sie online auf www.jugendeinewelt.at/spenden.

Jugend Eine Welt, 1130 Wien, spenden@jugendeinewelt.at, 01 879 07 07
Danke für Ihre Hilfe! Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.



werden sollen



Wahlärzte gegenüber.

[Getty Images]

ten Ärzte solchen Konflikten aus dem Weg gehen und bei ihren verschriebenen Medikamenten stets auch deren Preise berücksichtigen.

Wahlärzte hingegen müssen das nicht. Dabei geht es nicht nur, aber insbesondere um jene fast 4000 in Wien, wo sie (als einziges Bundesland) keine Rezepturbefugnis benötigen und daher auch nicht der ökonomischen Verschreibeweise unterliegen. In anderen Bundesländern müssen Rezepte von Wahlärzten ohne Rezepturbefugnis vor dem Einlösen in einer Apotheke von Kassenärzten in ein Kassenrezept umgeschrie-

ben werden. In Tirol und Salzburg zum Beispiel, wobei in Tirol (aus verschiedenen Gründen) sehr wenige Wahlärzte, in Salzburg hingegen sehr viele über eine Rezepturbefugnis verfügen. Was typisch ist für die regionalen Eigenheiten Österreichs.

Was steckt hinter der „Blackbox“?

Jedenfalls kann die ÖGK bei Wahlärzten – anders als bei Kassenärzten – nicht nachvollziehen, welche Behandlungen sie anordnen und welche Medikamente sie verschreiben, weil eben die meisten von ihnen nicht an das E-Card-System angebunden sind und somit keiner Kontrolle unterliegen.

Diese Nichtnachvollziehbarkeit ist das, was Huss als Blackbox bezeichnet und – mit einer österreichweit einheitlichen Lösung – ändern will. Mit der E-Card-Anbindung wäre nämlich auch das verpflichtende Ansuchen um die Rezepturbefugnis verbunden – und somit die Einhaltung der ökonomischen Verschreibeweise. Wahlärzte hätten also die gleichen Vorgaben zu beachten wie Kassenärzte. Nun würde das natürlich nicht

für alle Wahlärzte eine große Änderung darstellen, auch ohne Kassenvertrag achten die meisten darauf, nicht nur die teuersten Präparate zu verschreiben.

Abgesehen davon spricht nichts gegen regelmäßige Überprüfungen, um herauszufinden, ob und warum jemand bei seinen Verschreibungen deutlich aus der Reihe tanzt – etwa wegen Unwissenheit oder etwaigen Verbindlichkeiten zu Pharmaunternehmen – und nicht häufiger Generika verschreibt, also Medikamente mit dem gleichen Hauptwirkstoff wie das teurere Originalmedikament.

Aber die Freiheit, Rezepte gänzlich nach eigenem Ermessen auszustellen, ohne sich vor der Österreichischen Gesundheitskasse und anderen Kassen rechtfertigen zu müssen, ist für viele sehr wohl ein Anreiz, Wahlarzt zu werden. Sie wollen schlichtweg nicht, dass sich irgendjemand in ihre Behandlung einmisch.

Mit der E-Card-Anbindung hätte die ÖGK aber eine Handhabe dafür. Könnte also den gleichen Druck ausüben wie bei Kassenärzten, zumindest aber darauf hinwei-

sen, dass Wahlärzte tendenziell teurere Medikamente verschreiben, um das (nicht zu treffende) ÖGK-Narrativ aufrechtzuerhalten, dass sie zumeist von wohlhabenden Personen mit privater Zusatzversicherung aufgesucht werden.

E-Rezepte nur mit E-Card-Lesegerät

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum Andreas Huss Wahlärzte in ganz Österreich verpflichtend an das E-Card-System anbinden will. Und warum die Ärzte darauf pochen, dass eine solche Anbindung freiwillig erfolgt.

Per se dagegen sind sie nicht, denn vom damit verbundenen Zugang zu E-Rezepten würden auch Patienten profitieren. Ende Juli lief nämlich die zu Beginn der Pandemie geschaffene Möglichkeit aus, Rezepte per E-Mail und Fax auszustellen.

Seither können elektronische Rezepte nur von Ärzten mit E-Card-Lesegerät geschrieben werden, weswegen es in Wien schon Hunderte Anmeldungen für Anbindungen an das E-Card-System gibt.

Kindern

Hedwig Wöfl, Geschäftsführerin der Kinderschutzeinrichtung Die Möwe. Derzeit seien 400.000 Kinder und Jugendliche in Österreich armutsgefährdet und würden sozial oder materiell vernachlässigt, rechnete die Kinderliga vor.

Aufgrund ihrer Entwicklung gibt es bei Kindern jedoch begrenzte Zeitfenster, die genutzt werden müssen. „Viele wichtige Therapien, die in der Kindheit implementiert werden müssen, sind nur möglich, wenn sie die Eltern ganz oder zum Großteil selbst finanzieren“, sagte Christian Kienbacher, Leiter des Ambulatoriums für Kinder- und Jugendpsychiatrie des SOS Kinderdorfs in Wien. Dieser Versorgungszustand sei „unerträglich“.

Investitionen lohnen sich

Kienbacher beobachtet bei seinen Patienten eine zunehmende Chronifizierung der Leiden – die man mit einer frühzeitigen Behandlung noch hätte abfangen können.

Dies würde sich nicht nur für die Betroffenen, sondern auch volkswirtschaftlich lohnen. Laut einer Berechnung des Vorarlberger Rechnungshofs kostet ein Jugendlicher, der aufgrund von gesundheitlichen oder anderen Gründen den Anschluss nicht schafft, auf sein Leben gerechnet den Staat zwei Millionen Euro. Andere Berechnungen gehen davon aus, dass jeder Euro, der in frühkindliche Entwicklung investiert wird, der Gesellschaft um mindestens das 16-Fache zurückbezahlt wird, schilderte Wöfl.

Wo ansetzen?

Die Kinderschutzorganisationen orteten verschiedene Handlungsfelder, um die Situation zu verbessern. Um nicht in „föderalistische und Zuständigkeitsfallen“ zu tappen, brauche es eine ressortübergreifende, österreichweite Steuerung sowie vernetztes Arbeiten. Die Abrechnung psychosozialer Behandlungen müsse entbürokratisiert, die Vergütung verbessert werden. Auch die Aufnahme der psychischen Gesundheit in die E-Card wurde vorgeschlagen.

Durch gezieltes Monitoring könnten benachteiligte Regionen identifiziert werden, um gezielt investieren zu können. Gesundheitsangebote gehörten in Schulen ausgebaut, so die Experten.

fahrtechnik

ÖAMTC

Schenken Sie pures Fahrerlebnis!

Gutscheine erhältlich in allen acht ÖAMTC Fahrtechnik Zentren, an den ÖAMTC Stützpunkten und unter www.oeamtc.at/fahrtechnik-gutschein.

Für aktives Fahren

* Der Weihnachtsbonus wird bei Gutscheinkauf abgezogen und ist gültig auf alle Gutscheine, ausgenommen Motorrad Warm Up, Personal Coaching und Wertgutschein. Nur bis 31.12.2022.